



Stadt Kamen

Niederschrift

UKA

über die
2. Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses
am Donnerstag, dem 06.06.2019
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:35 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Thomas Blaschke
Herr Rüdiger Janßen
Herr Klaus Kasperidus
Herr Martin Köhler
Herr Gökcen Kuru
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Jutta Maeder
Frau Nadine Pasalk
Herr Theodor Wältermann

CDU

Herr Martin Wilhelm

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Herr Stefan Helmken

DIE LINKE / GAL

Herr Andreas Meier

FW/FDP

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Karsten Harrach
Frau Monika Holtmann
Herr Dr. Uwe Liedtke
Herr Tim Scharschuch

Gäste

Schüler/innen der FES
Frau Seelbach, Planungsbüro Richter-Richard

Entschuldigt fehlten

Herr Heinrich Behrens
Herr Winfried Borgmann
Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Timon Lütchen
Herr Marian-Rouven Madeja
Herr Rainer Nehls
Herr Ingolf Pätzold
Herr Volker Sekunde
Herr Udo Theimann
Herr Martin Wiggermann
Herr Hans-Heinrich Wortmann

Herr **Blaschke** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder, Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Sodann stellte er die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 06.06.2019 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Bericht des Klimaschutzmanagers, Teil 1	
3	Lärmaktionsplan der Stadt Kamen, 3. Runde Vorstellung des Entwurfs durch das Planungsbüro Richter-Richard (PRR), Aachen	
4	Bericht des Klimaschutzmanagers, Teil 2	
5	Photovoltaik bei städtischen Gebäuden	053/2019
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Meldungen im Rahmen der Einwohnerfragestunde ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Bericht des Klimaschutzmanagers, Teil 1

Herr **Blaschke** begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt eine Abordnung des Schülerparlaments der Friedrich-Ebert-Schule.

Das Schülerparlament stand im Austausch mit dem Klimaschutzmanager der Stadt Kamen, Herrn Scharschuch. Dieser hatte die Abordnung bestehend aus 6 Kindern der Jahrgänge eins bis vier in die Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses eingeladen, damit diese ihre Wünsche und Anregungen zum Klima- und Umweltschutz vorgetragen konnten.

Die Abordnung wurde von der Schulleiterin, Frau Christina Pusch und dem zuständigen Schulsozialarbeiter, Herrn Dominik Olschewski, begleitet. Die Schülerinnen und Schüler stellten das Kinderparlament kurz vor. Es wurde im Februar 2019 gegründet und trifft sich einmal im Monat, um verschiedene Themen des Schulalltags zu besprechen. Katinka, Tom, Merle, Zoe, Maja und Anastasia trugen die Wünsche des Schülerparlaments vor, die zu einer Verbesserung der Situation an der Friedrich-Ebert-Schule führen sollen (Details s. Anlage zur Niederschrift).

Im Einzelnen ging es dabei um folgende Punkte:

- Im Außengelände der Schule befinden sich niedrig abgesägte Baumstümpfe, die als Stolperfalle eine hohe Verletzungsgefahr darstellen würden.
Ein Baumbeet auf dem Schulhof, das nur aus festgetrampelter Erde bestehe, solle bepflanzt werden und zum Schutz einen Zaun erhalten. Die Pflege des Beetes würden die Kinder selbst übernehmen.
- Die Ausweisung eines Rauchverbotes auf dem Schulgelände und in den Zugangsbereichen werde gewünscht.
- Die Schülerinnen und Schüler wünschen Unterstützung, um selbst ein Insektenhotel bauen zu können. Damit verbunden möchten die Schülerinnen und Schüler mehr über den Lebensraum der Insekten erfahren. Die Thematik solle daher im Unterricht aufgegriffen und vertieft werden.
- Die Bürgermeisterin solle einen Brief mit den Wünschen erhalten und es sei geplant, sie zur nächsten Sitzung des Kinderparlaments der Friedrich-Ebert-Schule am 18. Juni 2019 einzuladen.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass die v. g. Anregungen und Wünsche der Schülerinnen und Schüler gern aufgegriffen würden. Die Verwaltung werde bei der Verschönerung des Schulhofes behilflich sein. Bezüglich der Baumstümpfe werde das Bauunternehmen angesprochen, welches auch Bäume im Rahmen der Neubaumaßnahme der OGS gefällt hatte. In diesem Zusammenhang teilte er mit, dass auf dem Dach der neuen OGS eine 300 qm große Fläche begrünt werden solle. Dies sei die erste Maßnahme, die auf Grundlage des Beschlusses des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses zur

Ausstattung städtischer Liegenschaften mit Dach-, Fassadenbegrünung bzw. Photovoltaik umgesetzt werde. Er verdeutlichte seine Ausführung anhand eines Planes. Dies leiste einen Beitrag zum kommunalen Klimaschutz.

Der Vortrag der Schülerinnen und Schüler fand große Anerkennung bei den Ausschussmitgliedern. Das Engagement werde sehr begrüßt. Es wäre wünschenswert, wenn auch andere Schulen diesem Beispiel folgen würden.

Herr **Meier** regte an, zu prüfen, ob auf dem Gebäude nicht eine Kombination von Gründach und Photovoltaik sinnvoll sei.

Herr **Dr. Liedtke** sagte eine Prüfung dieses Vorschlages zu.

Rückmeldung der Verwaltung:

Grundsätzlich ist eine Kombination von Gründach und Photovoltaik auf dem Dach des OGS-Neubaus der Friedrich-Ebert-Schule möglich. Im vorliegenden Fall ist es aber nicht sinnvoll, weil die umliegenden Dächer der Schule ausreichend Platz bieten, ein Energiedach zu betreiben. Vor diesem Hintergrund ist es wirtschaftlich nicht sinnvoll, auf einem Dach eine Kombination zu bauen.

Zu TOP 3.

Lärmaktionsplan der Stadt Kamen, 3. Runde
Vorstellung des Entwurfs durch das Planungsbüro Richter-Richard (PRR), Aachen

Eingangs verwies Herr **Harrach** auf die Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses am 20.09.2018, in der er darüber informierte, dass die Beauftragung für die 3. Runde des Lärmaktionsplanes Kamen an das Büros Richter – Richard, Aachen, erfolgt sei. Mit der Beauftragung des v.g. Büros werde die Kontinuität bei der Fortschreibung des Lärmaktionsplanes für Kamen gewährleistet. Die Auslösewerte für Kamen tagsüber >65dB(A), nachts >55dB(A) seien beibehalten worden. Ergänzend seien die Robert-Koch-Straße / Lindenallee (Verkehrsbelastung nah an 8.000 Fahrzeuge / Tag) und die Dortmunder Allee / Heerener Straße (mit Blick auf die geplante K 40n) hinzugekommen.

Daraufhin erläuterte Frau **Seelbach** vom Büro Richter – Richard anhand einer Präsentation die wesentlichen Grundlagen zum Lärmschutz, den rechtlichen Hintergrund sowie die grundsätzlichen Darstellungen in den strategischen Lärmkarten. Darüber hinaus informierte sie über einige Maßnahmenbeispiele des Lärmaktionsplanes der 3. Runde. Details sind der Präsentation zu entnehmen. Nunmehr folge die Beteiligung der Öffentlichkeit. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eingehende Vorschläge und Anregungen werden im Rahmen der Abwägung aufgegriffen und geprüft.

Herr **Harrach** ergänzte, dass voraussichtlich im Sommer 2019 mit den Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange sowie der Bürgerinnen und Bürger begonnen werde. Der Entwurf solle ebenfalls in das Ratsinformationssystem eingestellt werden. Bezug nehmend auf die Anregung des Anwohners der Werver Mark im Rahmen der Einwohnerfragestunde der Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses am 11.04.2019 teilte er mit, dass auch dies im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung berücksichtigt

werde. Der Anwohner werde aufgefordert, sich entsprechend einzubringen. Er habe zwischenzeitlich zur Luft- und Lärmbelastung im Bereich der Werver Mark die Bezirksregierung Arnsberg sowie den Landesbetrieb Straßen NRW angeschrieben. Eine Rückmeldung werde den Ausschuss erreichen, sobald diese vorliegen würde. Darüber hinaus werde der Untersuchungsbereich des LAP, 3. Runde, um den Bereich Werver Mark erweitert.

Auf Nachfrage von Herrn **Wilhelm** und Frau **Dörlemann** zur Belastungssituation Werver Mark wies Herr **Dr. Liedtke** nochmals darauf hin, dass die Problematik aufgrund des Vortrags des Anwohners an die Bezirksregierung und Straßen.NRW zur Prüfung und Stellungnahme weitergeleitet worden sei.

Für die SPD-Fraktion erklärte Herr **Kasperidus**, dass die Erweiterung des Betrachtungsraumes im Bereich Werver Mark sehr begrüßt werde. Grundsätzlich sehe er keinen Hinderungsgrund, Tempo 30 nachts zu fordern. Er sei gespannt auf die Stellungnahme des Straßenbaulasträgers.

Herr **Stalz** erinnerte in diesem Zusammenhang an das Bürgerbegehren der Anwohner der Lünener Straße, das neben dem Tempo 30 nachts auch ein nächtliches Durchfahrtsverbot für Lkw gefordert hätte.

Erst nach Gesprächen mit dem Ministerium sei es möglich gewesen, Tempo 30 nachts auf der Lünener Straße durchzusetzen, entgegnete Herr **Dr. Liedtke**. Es handle sich bei der Lünener Straße um eine Ausnahme in NRW - Tempo 30 nachts auf Bundesstraßen sei nur schwer durchzusetzen. Insofern sei der Vorwurf der Untätigkeit der Verwaltung, wie er von Herrn Stalz geäußert worden sei, vehement zurückzuweisen.

Herr **Kasperidus** wies darauf hin, dass die Umsetzung von Tempo 30 nachts auf der Lünener Straße, nur mit dem Instrument des LAP ermöglicht und durchgesetzt werden konnte.

Herr **Stalz** schlug vor, Vertreter von Straßen.NRW einzuladen, um die Lärmbelastung an qualifizierten Straßen zu erörtern und Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass der Landesbetrieb dies grundsätzlich ablehne.

Herr **Stalz** erwiderte, dass Straßen.NRW der Einladung des RVR regelmäßig folge.

Herr **Kuru** empfahl Herrn Stalz, den Minister direkt anzuschreiben. Herr **Meier** schlug vor, dass sich auch die Fraktionen beim Minister dafür einsetzen sollen.

Zur Nachfrage von Frau **Dörlemann**, ob es möglich sei, die strategischen Lärmkarten „Straße“ und „Schiene“ in einer Karte darstellen zu können, sagte Frau **Seelbach** eine Prüfung der Möglichkeiten zu.

Rückmeldung zur Niederschrift:

Zwischenzeitlich teilte Frau Seelbach mit, dass die Addition der verschiedenen Isophonenbänder von Straße und Schiene zu einer Gesamtlärmbelastung grundsätzlich nicht möglich ist, da es sich um zwei verschiedene

Berechnungsmethoden handelt (VBUS bzw. VBUSch). Es gibt ein paar Berechnungsmethoden, die diese Verschneidung berechnen können. Diese sind jedoch mehr oder weniger ungenau und kritisch zu sehen. Das Eisenbahnbundesamt ist grundsätzlich für die Lärmberechnung des Schienenverkehrs verantwortlich und nicht die Stadt Kamen. Eine händische Überlagerung und graphische Darstellung ist sehr zeitaufwändig und komplex.

Herr **Wilhelm** wies darauf hin, dass z. B. im Lärmaktionsplan der Gemeinde Bönen durch festgestellte Fassadenpegel Ansprüche auf Lärmschutzfenster festgeschrieben worden seien. Er erkundigte sich, ob für die Ermittlung dieser Daten ein Zusatzauftrag erforderlich wäre.

Herr **Harrach** entgegnete, dass z. B. für den Bereich Lindenallee ebenfalls solche Hinweise aufgenommen werden.

Herr **Dr. Liedtke** wies ausdrücklich darauf hin, dass der Lärmaktionsplan der Stadt Kamen das geeignete und zielführende Instrumentarium darstelle, um Maßnahmen gegenüber dem Straßenbaulasträger durchzusetzen.

Herr **Harrach** erläuterte auf Nachfrage von Frau **Dörlemann** nochmal die Abläufe für die weitere Öffentlichkeitsbeteiligung, den folgenden Abwägungsprozess sowie die Umsetzungsmöglichkeiten der festgelegten Maßnahmen.

Herr **Lipinski** fasste zusammen, dass der LAP das richtige Instrument sei, damit Anwohner Maßnahmen durchsetzen können. Zur Ausschaltung von Gesundheitsschäden durch die Feinstaubsituation im Bereich Werber Mark sei die Bezirksregierung im Rahmen der Luftreinhalteplanung zuständig, die einen Nachweis durch eine entsprechende Feinstaubmessung zu erbringen habe.

Der Vorsitzende, Herr **Blaschke**, dankte Frau Seelbach für den Vortrag und verabschiedete sie.

Zu TOP 4.

Bericht des Klimaschutzmanagers, Teil 2

Herr **Scharschuch** informierte über folgende Projekte:

- Dialogveranstaltung Schüler u. Kommunalpolitik:
Anregung wurde an die weiterführenden Schulen weitergegeben.
Terminvereinbarung wurde noch nicht getroffen.
- Energievision mit den weiterführenden Schulen:
Gesamtschulen 27. u. 28.05.19
Gymnasium 13.06.2019
- Aktion Stadtradeln bis 14.06.19:
Aufruf der Teilnahme an Parlamentarier– Kamen z. Zt. 6. Rang
- Europäische Woche der Nachhaltigkeit (23. KW):
Titel: Lebensmittel wertschätzen – gemeinsame Aktion mit der Verbraucherzentrale und den Food-Savern Kreis Unna, nachhaltiges Frühstück
- Hinweis auf Aktionen der Food-Saver (z. B. Verteilzentrum in Methler)

- Aktionsbündnis gegen Einwegplastik:
Zwei Sitzungen haben bereits stattgefunden. Nunmehr 40 Teilnehmer. Infostände sind absehbar geplant.

Herr **Stalz** begrüßte den Dialog mit den Schülerinnen und Schülern. Er erkundigte sich, ob eine Auswertung für die Kommunalpolitik zu Verfügung gestellt werde.

Dazu entgegnete Herr **Scharschuch**, dass das Veranstaltungskonzept noch mit den Schülervetretern abzustimmen sei. Er könne sich z.B. eine Podiumsdiskussion direkt mit Vertretern der Kommunalpolitik vorstellen. Er bat, das Konzept zunächst abzuwarten. Davon sei die Form der Dokumentation abhängig.

Zum Projekt Stadtradeln sei für ihn die Nachhaltigkeit nicht nachvollziehbar, erklärte Herr **Stalz**.

Das Thema „Ausrufung eines Klimanotstandes“ werde derzeit vielerorts thematisiert, führte Herr **Stalz** aus. Er erkundigte sich, ob dies auch für Kamen sinnvoll sei.

Herr **Dr. Liedtke** informierte, dass ein Antrag zur Thematik „Klimanotstand“ in der kommenden Ratssitzung auf der Tagesordnung stehe. Frau **Dörlemann** erläuterte, dass der Antrag bewusst für den Rat gestellt worden sei.

Auf Nachfrage von Frau **Dörlemann** zum Antrag „Refill-Stadt“, der in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses behandelt werden solle, erklärte Herr **Scharschuch**, dass er erste Gespräche in dieser Sache bereits geführt habe.

Herr **Meier** fragte nach, ob es im gesamten Stadtgebiet Food-Saving-Projekte gebe.

Herr **Scharschuch** erklärte, dass diese Projekte auf ehrenamtlichem Engagement beruhen und noch nicht in allen Stadtteilen bestehen würden. Hinweise seien im Internet verfügbar.
<https://foodsharing.de/?page=fairteiler&bid=1677>

Zur Verdeutlichung der Problematik verwies Herr **Scharschuch** auf einen You-Tube-Film „We Feed The World“, einem österreichischen Dokumentarfilm, der ein kritisches Licht auf die zunehmende Massenproduktion von Nahrungsmitteln und der Industrialisierung in der Massentierhaltung wirft.

Herr **Blaschke** wies darauf hin, dass die Vernichtung von brauchbaren Lebensmitteln vermieden werden solle.

Herr **Kasperidus** hoffte auf einen Bewusstseinswandel, insbesondere auch bei den Einzelhändlern/Gewerbetreibenden bezüglich der Vorhaltung des gesamten Angebotspektrums auch bis zum Ladenschluss.

Photovoltaik bei städtischen Gebäuden

Eingangs erinnerte Herr **Dr. Liedtke** an den Grundsatzbeschluss des Umwelt- und Klimaschutzausschusses zur Errichtung von Photovoltaik, Dach- und Fassadenbegrünung bei städtischen Gebäuden vom 15.11.2018.

Herr **Blaschke** verwies auf die ausführliche Mitteilungsvorlage zum Thema Photovoltaik bei städtischen Gebäuden.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich, aus welchen Gründen die Verwaltung sich für das Energiedachkonzept der GSW entschieden und nicht in Eigenregie Anlagen errichte. Zudem fragte sie an, weshalb keine größeren Anlagen errichtet werden sollen und erkundigte sich nach den Anlagengrößen bei den jeweiligen Projekten.

Dazu führte Herr **Steffen** aus, dass die Verwaltung in der Vergangenheit grundsätzlich keinen Betrieb gewerblicher Art ausführen wollte. Die Größe von 9,6 qm sei zunächst eine Grundgröße. Grundsätzlich seien 40 bis 100 Einheiten je nach Standort vorgesehen. Die Größe jeder einzelnen Anlage bestimmt sich nach unterschiedlichen Kriterien. Neben der Statik des Gebäudes, seien im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsüberlegung auch der Verbrauch des Standortes und der Zustand des Daches mit einzubeziehen. Bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sei ebenfalls zu berücksichtigen, dass die GSW die Installation, die Wartung, Reparatur und Versicherung übernehmen würden. Seitens der Stadt kämen müsse kein zusätzliches Personal dafür gestellt werden.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass die Einspeisungsvergütung je nach Anlage unterschiedlich ausfallen werde. Eine Information zu den Anlagengrößen werde nachgereicht (s. *nichtöffentliche Anlage zur Niederschrift*).

Herr **Meier** regte an, grundsätzlich auch eine Kombination von Photovoltaik und Dach- bzw. Fassadenbegrünung bei Maßnahmen zu prüfen.

Herr **Kasperidus** bedankte sich für die interessante und differenzierte Darstellung. Das Thema sei schon seit Jahren im Fokus der Verwaltung. Der Eigenverbrauch sei wichtig für die Investitionsentscheidung. Dies sei deutlich geworden.

Auch Herr **Stalz** bedankte sich für die detaillierte Information. In diesem Zusammenhang sei auch die Ermittlung der CO₂-Einsparung von Bedeutung. Im Zeitraum 2004 bis 2012 seien verschiedene Verträge abgeschlossen worden. Im Zeitraum 2013 bis 2019 seien keine Projekte realisiert worden. Ab 2019 folge das Programm Energiedach. Er bat um nähere Informationen.

Herr **Steffen** erläuterte, dass in der ersten Phase 2004 bis 2012 lediglich die Dächer an die GSW verpachtet worden seien. Die jeweilige Vertragslaufzeit betrug 20 Jahre. Nach diesem Zeitraum würden die Anlagen in das Eigentum der Stadt übergehen. Ab 2013 habe die GSW dieses Modell aufgrund der verminderten Einspeisungsvergütung aufgegeben. Nunmehr habe die GSW das Produkt EnergieDach entwickelt. Zunächst werde der eigene Stromverbrauch vermindert und für den überschüssigen Strom eine

Einspeisevergütung an den Betreiber gezahlt. Die Stadt zahle dafür eine monatliche Pacht. Die Höhe der Pacht sei abhängig von der Größe der Anlage, wobei in die Betrachtung auch der jeweilige Energieverbrauch zu berücksichtigen sei. Herr Steffen sagte zu, Berechnungsbeispiele der Niederschrift beizufügen (*s. nichtöffentliche Anlage zur Niederschrift*).

Auf Nachfrage von Herrn **Kasperidus** erläuterte Herr **Steffen**, dass sich das Modell EnergieDach durch die sinkenden Anlagepreise rechne. Zudem wolle die Stadt Kamen eine Vorreiterrolle einnehmen, d.h. Bürgerinnen und Bürger anregen, sich auch in das EnergieDach-Projekt der GSW einzubringen.

Herr **Helmken** fragte nach, weshalb die Verwaltung in dem Zeitraum ab 2013 keinen anderen Betreiber für Photovoltaik auf städtischen Gebäuden gesucht habe.

Dazu führten Herr **Steffen** und Herr **Dr. Liedtke** aus, dass ihnen keine Angebote anderer Betreiber in dem Zeitraum bekannt seien.

Rückmeldung der Verwaltung zur Nachfragen von Herrn Meier bzgl. der Kombination von Photovoltaik und Gründach beim Neubau der OGS der Friedrich-Ebert-Schule:

Grundsätzlich ist dies technisch möglich, allerdings vorliegend nicht sinnvoll, weil die umliegenden Dächer der Schule ausreichend Platz bieten, ein Energiedach zu betreiben. Vor diesem Hintergrund ist es wirtschaftlich nicht sinnvoll, auf einem Dach eine Kombination zu bauen.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

7.1 Mitteilungen der Verwaltung

Es ergaben sich keine Mitteilungen der Verwaltung.

7.2 Anfragen

7.2.1 Probleme mit freilaufenden Hunden an der Seseke

Herr **Stalz** berichtete von Problemen mit freilaufenden Hunden an der Seseke, die u.a. freilebende Tiere verscheuchen würden. Aufgestellte Schilder, Hunde anzuleinen, würden nicht beachtet.

Herr **Dr. Liedtke** sagte eine Weitergabe der Anfrage an den Lippeverband zu.

7.2.2 Förderprogramm Masterplan Stadtnatur

Herr **Kuru** informierte, dass der Bundestag das o.g. Förderprogramm beschlossen habe. Er regte an, nähere Informationen zu der Fördermöglichkeit zu geben, um Ideen für die Stadt Kamen entwickeln zu können.

Herr **Dr. Liedtke** sagte zu, für die nächste Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses eine entsprechende Mitteilungsvorlage vorzulegen.

7.2.3 Köderboxen für die Rattenbekämpfung

Zur Nachfrage zum Einsatz der neuen Köderboxen für die Rattenbekämpfung von Herrn **Wilhelm** verwies Herr **Dr. Liedtke** an den Betriebsausschuss, der in der kommenden Woche tagt.

7.2.4 Vermüllung an Papier- und Altglascontainerstandorten

Frau **Dörlemann** berichtete von zunehmender Vermüllung im Umfeld der Standorte von Altglas- und Papiercontainern.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass die Standorte regelmäßig gereinigt würden.

7.2.5 Einsatz von Streusalz

Auf Nachfrage von Herrn **Meier** antwortete Herr **Steffen**, dass entsprechend der Verordnung bei Glätte auf Straßen Salz verwendet werde. Der Verbrauch sei individuell einstellbar und abhängig von der Glätte.

7.2.6 Plastikmüll Sesekeweg/-park

Herr **Helmken** erklärte, dass im Bereich des Sesekeweges und des Sesekeparkes zu wenig bzw. keine Müllbehälter vorhanden seien, um Plastikmüll oder Hundekotbeutel entsorgen zu können.

Diesbezüglich erklärte Herr **Dr. Liedtke**, dass im Sesekepark ausreichend Müllbehälter installiert worden seien. Bezüglich des Sesekeweges wolle er den Lippeverband ansprechen, der als Eigentümer zuständig sei.

Herr **Blaschke** regte an, dass die Fraktionen einen Aufruf starten könnten, um zur Vermeidung von Plastikmüll im öffentlichen Raum zu sensibilisieren.

7.2.7 Photovoltaik bei großen Lagerhäusern

Herr **Helmken** fragte nach, ob die Stadt Kamen bei privaten Lagerhallen (P3 oder Woolworth) die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern anrege.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass diese Überlegung an die Fa. P3 herangebracht worden sei. In Bezug auf den Neubau Woolworth sei die Stadt Unna zuständig.

7.2.8 Müllproblematik – Appell

Herr **Kuru** forderte dazu auf, beim Umgang mit der Müllproblematik Zivilcourage zu zeigen und sich entsprechend gegenüber den Verursachern zu positionieren, den Ordnungsdienst oder die Polizei zu rufen.

Herr **Dr. Liedtke** wies auf die fehlende Bewusstseinsbildung bei den Verursachern hin. Dies sei ein gesellschaftliches Problem.

Herr **Blaschke** schloss die Sitzung um 20.35 Uhr.

gez. Blaschke
Vorsitzender

gez. Dr. Liedtke
Schriftführer